

URL: http://www.welt.de/berlin/article831193/Mehr_als_150.000_Wohnungen_stehen_leer.html

24. April 2007, 14:05 Uhr

BRANDENBURG

Mehr als 150.000 Wohnungen stehen leer

Abwanderung und Geburtenrückgang drohen ganze Landstriche veröden zu lassen. Besonders betroffen sind die weit von Berlin entfernten Gebiete. Doch Abriss ist nur eine Lösung. Die Wohnungsunternehmen stecken Millionen in die Sanierung ihrer Bauten.



Plattenbau in Schwedt: Der Leerstand zwingt die Wohnungsbaugesellschaften, ganze Blocks abzureißen

Foto: pa

Brandenburg steht bis zum Jahr 2030 ein Leerstand von rund 150 000 Wohnungen bevor. Das geht aus der Berechnungen des Verbandes Berlin-Brandenburgische Wohnungsunternehmen (BBU) hervor.

Bei einem erwarteten Bevölkerungsrückgang von 363.000 Einwohnern werde diese Zahl an Wohnungen dann nicht mehr benötigt, sagte BBU-Vorstand Ludwig Burkardt am Dienstag in Potsdam. Er forderte einen weiteren Abriss von Wohnungen und die Modernisierung der Einheiten, die erhalten bleiben.

Die Provinz verödet

Vor allem in Berlin fernen Regionen seien viele Wohnungen nicht vermietet. „Die hier meist dauerhaft leer stehenden knapp 36.000 Wohnungen sind eine schwere Belastungen für unsere Mitgliedsunternehmen und ihre Kommunen“, erläuterte Burkardt. Im äußeren Entwicklungsraum betrage der Leerstand 14,2 Prozent, im Berlin nahen Raum 5,8 Prozent.

Trotz des Abrisses von 6600 Wohnungen im vergangenen Jahr seien bei den BBU-Mitgliedern aktuell mehr als 43.200 Wohnungen unbewohnt. Die Leerstandsquote sei aber von 12,6 Prozent in 2005 auf 11,5 Prozen im Vorjahr gesunken. Der gesamte Leerstand wird aber auf rund 100.000 geschätzt.

Viele leere Wohnungen gebe es etwa in Luckenwalde, Lauchhammer, Cottbus oder Brandenburg/Havel und Frankfurt (Oder). Einige Unternehmen hätten teilweise mehr als 20 Prozent ihrer Wohnungen nicht vermietet, in einigen Fällen sogar 30 Prozent.

Abriss reicht nicht aus

Die derzeitigen Abrissplanungen des Landes von 55.000 Wohnungen entsprechen laut BBU zwar den Anforderungen bis 2010, angesichts der sich abzeichnenden Probleme müsste das Programm aber fortgeführt werden. „Marktwirtschaftliche Kräfte allein können Leerstandszunahmen und Verödung ganzer Landstriche nicht verhindern“, sagte Burkardt. Neben dem Abriss sei eine Aufwertung der Städte durch Modernisierung von Wohnraum unerlässlich.

Die BBU-Mitglieder planen in diesem Jahr Investitionen von 363,6 Millionen Euro nach 313,5 Millionen Euro (plus 3,2 Prozent) in 2006. 157,1 Millionen seien in die Instandsetzung geflossen und 145,1 Millionen Euro für die Modernisierung ausgegeben worden. 11,3 Millionen Euro für Neubauinvestitionen bedeuteten einen Rückgang von 56,4 Prozent.

Durch Modernisierung und Instandsetzung sei der jährliche Energieverbrauch pro Quadratmeter um 25 Prozent gesenkt worden. Der CO₂-Ausstoß der Häuser sei um fast 30 Prozent gesunken. Der BBU geht davon aus, dass die Betriebskosten 2006 bei den Mitgliedern im Schnitt um fünf Prozent steigen. Laut BBU leben rund 30 Prozent aller Brandenburger in Wohnungen von Mitgliedsunternehmen. Die 223 Unternehmer verfügten über einen Bestand von 375.226 Wohnungen.

**Rund 11 Prozent der märkischen Wohnungen unbewohnt****Abriss wird fortgesetzt**

Abriss wird fortgesetzt ©ddp

24.04.2007 11:40:19 - In Brandenburg wurden seit der Wende mindestens 29 000 Wohnungen abgerissen. Bis 2010 planen die Mitglieder des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) den Abriss weiterer 19 000 Wohnungen. Das sagte BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt am Montag in Potsdam. Hintergrund sei die demografische Entwicklung im Land.

Potsdam (ddp-lbg). In Brandenburg wurden seit der Wende mindestens 29 000 Wohnungen abgerissen. Bis 2010 planen die Mitglieder des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) den Abriss weiterer 19 000 Wohnungen. Das sagte BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt am Montag in Potsdam. Hintergrund sei die demografische Entwicklung im Land.

Ende 2006 seien rund 11 Prozent der märkischen Wohnungen unbewohnt gewesen, ein Jahr zuvor waren es noch knapp 13 Prozent. In den Randregionen habe der Leerstand im vergangenen Jahr bei 14 Prozent gelegen. Betroffen sind vor allem Plattenbauten. Es sei damit zu rechnen, dass bis 2030 noch Tausende Wohnungen verschwinden würden. Das Förderprogramm zum Stadtumbau Ost des Bundes sei daher unverzichtbar, sagte Burkardt. «Wenn nicht konsequent gehandelt wird, könnten im Land Brandenburg Siedlungswüsten entstehen», fügte er hinzu.

Ein weiteres Problem sei die Entwicklung der Betriebskosten. Zum einen herrsche nicht genug Offenheit und Transparenz bei den Preisen und Tarifen für Energie, Trink- und Abwasser sowie Müllentsorgung. Zum anderen läge der Betriebskostenanstieg in Brandenburg im Durchschnitt zwar unter den Marktpreisen. Die Kosten seien jedoch deutlich gestiegen. So seien etwa die Preise für Fernwärme im vergangenen Jahr um 15 Prozent, die für Erdgas um 30 Prozent gestiegen.

(ddp)

Press release: www.pr-inside.com

Kontaktinformation: [e-mail](#)

Erklärung: Das Copyright für sämtliche Nachrichten und Bilder, die mit ddp gekennzeichnet sind und auf PR-inside.com publiziert werden, obliegt der Nachrichtenagentur ddp Deutscher Depeschendienst GmbH. Wenn Sie Fragen zu den veröffentlichten Meldungen haben, kontaktieren Sie bitte ddp.

Trotz Wohnungsabriss bleibt der Leerstand hoch

Verband verlangt Fortsetzung des Stadtumbau Ost / Bisher 29 000 Unterkünfte vor allem im Plattenbau zu Schutt zerlegt

ULRICH NETTELSTROTH

POTSDAM ■ Der Wohnungsleerstand in Brandenburg ging 2006 zwar weiter zurück, die Wohnungswirtschaft sieht aber keinen Grund zur Entwarnung. Das Abrissprogramm Stadtumbau Ost müsse über das Jahr 2010 hinaus fortgesetzt werden, forderte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), gestern in Potsdam.

„Angesichts der demographischen Entwicklung in Brandenburg könnten hier sonst bis 2030 weitere 150 000 Wohnungen leer stehen“, sagte Burkardt. Das Bauministerium in Potsdam unterstützt die Forderung des Verbands, hält allerdings die Zahlen des BBU für

zu hoch angesetzt. „Der Bund hat bereits zugesagt, dass der Stadtumbau Ost fortgesetzt wird“, sagte Sprecher Lothar Wiegand. Die Verhandlungen liefen noch. Um den Markt zu stabilisieren, müsse rund ein Drittel der leer stehenden Wohnungen verschwinden.

Auch der Mieterbund Brandenburg trägt das Abrissprogramm mit, wenn auch „mit Bauchschmerzen“, so Geschäftsführer Rainer Radloff. Es dürfe aber nicht nur zur Marktberreinigung genutzt werden, sondern müsse zur Verbesserung des Wohnumfelds führen. Zudem müsse auch ein „gesunder Bestand an preiswerten Wohnungen erhalten bleiben“, so Radloff.

Insgesamt wurden bisher im Rahmen des Stadtumbaus 29 000 Wohnungen bei BBU-



Der Abriss von Wohnungen wie hier in Velten soll weitergehen.

FOTO: ZB

Unternehmen abgerissen, vor allem im Plattenbau, davon 6600 im vergangenen Jahr. Die Abrisskosten von rund 200 Millionen Euro sind nach

BBU-Angaben etwa zur Hälfte staatlich finanziert worden.

Die Leerstandsquote bei den Verbandsunternehmen sank 2006 von 12,6 auf 11,5 Pro-

zent, allerdings mit starken regionalen Unterschieden. Während im Speckgürtel rund um Berlin nur 5,8 Prozent der Wohnungen unvermietet blieben, waren es weitab der Hauptstadt im Durchschnitt 14,2 Prozent. In Einzelfällen ist die Situation weit dramatischer. So stehen bei den BBU-Mitgliedsunternehmen in Luckenwalde (Teltow-Fläming) 40 Prozent der Wohnungen leer.

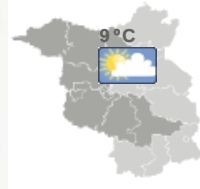
Die hohen Leerstandsquoten belasten die Bilanz der

Wohnungsfirmen. „Wir stehen aber vor keiner Pleitewelle“, beruhigt Burkardt. 2007 wollen die Verbandsunternehmen die Investitionen in den Bestand um 16 Prozent auf 363 Millionen Euro steigern. Seit 1991 seien mit Investitionen von rund zehn Milliarden Euro 57 Prozent der Wohnungen umfassend und 28 Prozent teilweise saniert worden. Beim Streitthema Betriebskosten will der BBU mit einer Preisdatenbank für mehr Transparenz sorgen. Erste Auswertungen hatten erhebliche Unterschiede der Versorgerpreise offen gelegt.

Der BBU vertritt in Brandenburg 223 Mitgliedsunternehmen mit 375 000 Wohnungen. Damit leben 30 Prozent der Brandenburger in BBU-Wohnungen.



MärkischeAllgemeine.de
Brandenburgs beste Seiten



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Nachrichten » Wirtschaft » MAZ exklusiv

25.04.2007

Trotz Wohnungsabriss bleibt der Leerstand hoch

Verband verlangt Fortsetzung des Stadtumbau Ost / Bisher 29 000 Unterkünfte vor allem im Plattenbau zu Schutt zerlegt

ULRICH NETTELSTROTH

POTSDAM Der Wohnungsleerstand in Brandenburg ging 2006 zwar weiter zurück, die Wohnungswirtschaft sieht aber keinen Grund zur Entwarnung. Das Abrissprogramm Stadtumbau Ost müsse über das Jahr 2010 hinaus fortgesetzt werden, forderte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), gestern in Potsdam.

"Angesichts der demographischen Entwicklung in Brandenburg könnten hier sonst bis 2030 weitere 150 000 Wohnungen leer stehen", sagte Burkardt. Das Bauministerium in Potsdam unterstützt die Forderung des Verbands, hält allerdings die Zahlen des BBU für zu hoch angesetzt. "Der Bund hat bereits zugesagt, dass der Stadtumbau Ost fortgesetzt wird", sagte Sprecher Lothar Wiegand. Die Verhandlungen liefen noch. Um den Markt zu stabilisieren, müsse rund ein Drittel der leer stehenden Wohnungen verschwinden.

Auch der Mieterbund Brandenburg trägt das Abrissprogramm mit, wenn auch "mit Bauchschmerzen", so Geschäftsführer Rainer Radloff. Es dürfe aber nicht nur zur Marktbereinigung genutzt werden, sondern müsse zur Verbesserung des Wohnumfelds führen. Zudem müsse auch ein "gesunder Bestand an preiswerten Wohnungen erhalten bleiben", so Radloff.

Insgesamt wurden bisher im Rahmen des Stadtumbaus 29 000 Wohnungen bei BBU-Unternehmen abgerissen, vor allem im Plattenbau, davon 6600 im vergangenen Jahr. Die Abrisskosten von rund 200 Millionen Euro sind nach BBU-Angaben etwa zur Hälfte staatlich finanziert worden.

Die Leerstandsquote bei den Verbandsunternehmen sank 2006 von 12,6 auf 11,5 Prozent, allerdings mit starken regionalen Unterschieden. Während im Speckgürtel rund um Berlin nur 5,8 Prozent der Wohnungen unvermietet blieben, waren es weitab der Hauptstadt im Durchschnitt 14,2 Prozent. In Einzelfällen ist die Situation weit dramatischer. So stehen bei den BBU-Mitgliedsunternehmen in Luckenwalde (Teltow-Fläming) 40 Prozent der Wohnungen leer.

Die hohen Leerstandsquoten belasten die Bilanz der Wohnungsfirmer. "Wir stehen aber vor keiner Pleitewelle", beruhigt Burkardt.

2007 wollen die Verbandsunternehmen die Investitionen in den Bestand um 16 Prozent auf 363 Millionen Euro steigern. Seit 1991 seien mit Investitionen von rund zehn Milliarden Euro 57 Prozent der Wohnungen umfassend und 28 Prozent teilweise saniert worden. Beim Streitthema Betriebskosten will der BBU mit einer Preisdatenbank für mehr Transparenz sorgen. Erste Auswertungen hatten erhebliche Unterschiede der Versorgerpreise offen gelegt.

Der BBU vertritt in Brandenburg 223 Mitgliedsunternehmen mit 375 000 Wohnungen. Damit leben 30 Prozent der Brandenburger in BBU-Wohnungen.

Schwer vermietbar?

Im Land Brandenburg droht nach aktuellen Berechnungen bis zum Jahr 2030 ein Leerstand von rund 150.000 Wohnungen. Der Abriss von Wohnungen geht weiter. (24.04.2007, 14:18 Uhr)

Potsdam - Bei einem erwarteten Bevölkerungsrückgang von 363.000 Einwohnern werde diese Zahl an Wohnungen dann nicht mehr benötigt, sagte BBU-Vorstand Ludwig Burkardt. Er forderte einen weiteren Abriss von Wohnungen und die Modernisierung der Einheiten, die erhalten bleiben. Vor allem in Berlin fernen Regionen seien viele Wohnungen nicht vermietet. "Die hier meist dauerhaft leer stehenden knapp 36.000 Wohnungen sind schwere Belastungen für unsere Mitgliedsunternehmen und ihre Kommunen", erläuterte Burkardt. Im äußeren Entwicklungsraum betrage der Leerstand 14,2 Prozent, im Berlin nahen Raum 5,8 Prozent.



Trotz des Abrisses von 6600 Wohnungen im vergangenen Jahr seien bei den BBU-Mitgliedern aktuell mehr als 43.200 Wohnungen unbewohnt. Die Leerstandsquote sei aber von 12,6 Prozent in 2005 auf 11,5 Prozent im Vorjahr gesunken. Der gesamte Leerstand wird aber auf rund 100.000 geschätzt. Viele leere Wohnungen gebe es etwa in Luckenwalde, Lauchhammer, Cottbus oder Brandenburg/Havel und Frankfurt (Oder).

Nicht nur Abriss sondern auch Modernisierung nötig

Einige Unternehmen hätten teilweise mehr als 20 Prozent ihrer Wohnungen nicht vermietet, in einigen Fällen sogar 30 Prozent. Die derzeitigen Abrissplanungen des Landes von 55.000 Wohnungen entsprechen laut BBU zwar den Anforderungen bis 2010, angesichts der sich abzeichnenden Probleme müsste das Programm aber fortgeführt werden. "Marktwirtschaftliche Kräfte allein können Leerstandszunahmen und Verödung ganzer Landstriche nicht verhindern", sagte Burkardt. Neben dem Abriss sei eine Aufwertung der Städte durch Modernisierung von Wohnraum aber auch unerlässlich.

Die BBU-Mitglieder planen in diesem Jahr Investitionen von 363,6 Millionen Euro nach 313,5 Millionen Euro (plus 3,2 Prozent) in 2006. 157,1 Millionen seien in die Instandsetzung geflossen und 145,1 Millionen Euro für die Modernisierung ausgegeben worden. 11,3 Millionen Euro für Neubauinvestitionen bedeuteten einen Rückgang von 56,4 Prozent. Durch Modernisierung und Instandsetzung sei der jährliche Energieverbrauch pro Quadratmeter um 25 Prozent gesenkt worden. Der CO₂-Ausstoß der Häuser sei um fast 30 Prozent gesunken. Der BBU geht davon aus, dass die Betriebskosten 2006 bei den Mitgliedern im Schnitt um fünf Prozent steigen. Laut BBU leben rund 30 Prozent aller Brandenburger in Wohnungen von Mitgliedsunternehmen. Die 223 Unternehmen verfügten über einen Bestand von 375.226 Wohnungen. (tso/dpa)

Berliner Morgenpost.de

BRANDENBURG

Leerstand von Wohnungen wird zunehmen

Potsdam Brandenburg steht nach Berechnungen des Verbandes Berlin-Brandenburgische Wohnungsunternehmen (BBU) bis zum Jahr 2030 bei einem erwarteten Bevölkerungsrückgang von 363.000 Einwohnern ein Leerstand von rund 150.000 Wohnungen bevor. BBU-Vorstand Ludwig Burkardt forderte gestern in Potsdam einen weiteren Abriss von Wohnungen und die Modernisierung aller anderen. Vor allem in Regionen, die weiter von Berlin entfernt sind, seien knapp 36.000 Wohnungen unvermietet. Dort betrage der Leerstand 14,2 Prozent, im berlinnahen Raum 5,8 Prozent.

Trotz des Abrisses von 6600 Wohnungen seien bei den BBU-Mitgliedern mehr als 43.200 Wohnungen unbewohnt. Die Leerstandsquote sei aber von 12,6 Prozent in 2005 auf 11,5 Prozent im Vorjahr gesunken. Der gesamte Leerstand betrage rund 100.000 Wohnungen. Viele leere Wohnungen gebe es in Luckenwalde, Cottbus, Brandenburg/Havel und Frankfurt (Oder). Der BBU erwartet, dass die Betriebskosten 2006 bei den Mitgliedern im Schnitt um fünf Prozent steigen. *dpa*

Internet:

www.bbu.de

Aus der Berliner Morgenpost vom 25. April 2007

Abreißen, was das Zeug hält

In Brandenburg drohen Siedlungswüsten, sagt der Verband BBU – und rät, radikaler vorzugehen

Um die Anzahl leer stehender Wohnungen zu reduzieren, müssen auch in den kommenden Jahren in Brandenburg weitere Häuser abgerissen werden. „Es gibt keine Alternative zum Abriss“, sagte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU). Zwar konnte die Leerstandsquote bis Ende 2006 auf 11,5 Prozent gesenkt werden (2005: 12,6 Prozent). Der Rückgang ist aber vor allem auf die Abrissaktivitäten der vergangenen Jahre zurückzuführen.

Allein die BBU-Mitgliedsunternehmen haben in der jüngsten Vergangenheit rund 29000 Wohnungen „vom Markt genommen“. Bis 2010 sollen weitere 19000 Wohnungen folgen. Spitzenreiter bei den Abrissen sind die Städte Cottbus, Schwedt, Frankfurt (Oder) und Senftenberg. Besonders betroffen ist der äußere Entwicklungsraum des



Knusper, knusper Häuschen. Bagger machen dem Leerstand ein Ende. Foto: ddp

Landes Brandenburg, der mit 14,2 Prozent eine erheblich höhere Leerstandsquote aufweist als das Berliner Umland (5,8 Prozent). Bei einigen Unternehmen lägen die Leerstände sogar bei 30 Prozent, so Burkardt.

Mit einer wachsenden Nachfrage nach Wohnraum ist dagegen in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen – im Gegenteil, wie Experten annehmen: Aufgrund eines erwarteten Bevölkerungsrückganges von 363000 Einwohnern in berlinferneren Gegenden könnten dort bis zum Jahr 2030 nach Schätzungen des Verbandes mindestens weitere 150000 Wohnungen dauerhaft nicht mehr benötigt werden. „Wenn der Bund und das Land die Stadtumbaumaßnahmen nicht verstärkt an den demografischen Wandel anpassen, entwickeln sich in Brandenburg in den nächsten 30 Jahren regelrechte Siedlungswüsten“, warnte Burkardt.

Die Mieten sind 2006 überall in Brandenburg leicht gestiegen. Dies liegt vor allem daran, dass der größte Teil der Wohnungen zwischenzeitlich modernisiert wurde, nur 15 Prozent des Bestandes befinden sich noch in unsaniertem Zustand. Allerdings öffnet sich auch hier die Schere zwischen dem Berliner Umland und den äußeren Regionen Brandenburgs immer weiter: Rund um Berlin sind im Schnitt 4,54 Euro je Quadratmeter (nettokalt) zu zahlen. Dies entspricht dem Niveau im Ostteil der Hauptstadt. Im restlichen Brandenburg liegt die Miete bei 4,10 Euro. Für Betriebskosten werden im Schnitt 1,95 Euro je Quadratmeter ausgegeben. Die regionalen Preisunterschiede sind allerdings erheblich: Bei Wasser/Abwasser liegt die Spanne zwischen dem günstigsten und dem teuersten Anbieter bei gut 100 Prozent, bei Fernwärme immerhin noch bei 75 Prozent. jub

Abreißen, was das Zeug hält

In Brandenburg drohen Siedlungswüsten, sagt der Verband BBU – und rät, radikaler vorzugehen

Um die Anzahl leer stehender Wohnungen zu reduzieren, müssen auch in den kommenden Jahren in Brandenburg weiter Häuser abgerissen werden. „Es gibt keine Alternative zum Abriss“, sagte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU). Zwar konnte die Leerstandsquote bis Ende 2006 auf 11,5 Prozent gesenkt werden (2005: 12,6 Prozent). Der Rückgang ist aber vor allem auf die Abrissaktivitäten der vergangenen Jahre zurückzuführen.

Allein die BBU-Mitgliedsunternehmen haben in der jüngsten Vergangenheit rund 29 000 Wohnungen „vom Markt genommen“. Bis 2010 sollen weitere 19 000 Wohnungen folgen. Spitzenreiter bei den Abrissen sind die Städte Cottbus, Schwedt, Frankfurt (Oder) und Senftenberg. Besonders betroffen ist der äußere Entwicklungsraum des Landes Brandenburg, der mit 14,2 Prozent eine erheblich höhere Leerstandsquote aufweist als das Berliner Umland (5,8 Prozent). Bei einigen Unternehmen lägen die Leerstände sogar bei 30 Prozent, so Burkardt.

Mit einer wachsenden Nachfrage nach Wohnraum ist dagegen in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen – im Gegenteil, wie Experten annehmen: Aufgrund eines erwarteten Bevölkerungsrückganges von 363 000 Einwohnern in berlinferneren Gegenden könnten dort bis zum Jahr 2030 nach Schätzungen des Verbandes mindestens weitere 150 000 Wohnungen dauerhaft nicht mehr benötigt werden. „Wenn der Bund und das Land die Stadtumbaumaßnahmen nicht verstärkt an den demografischen Wandel anpassen, entwickeln sich in Brandenburg in den nächsten 30 Jahren regelrechte Siedlungswüsten“, warnte Burkardt.

Die Mieten sind 2006 überall in Brandenburg leicht gestiegen. Dies liegt vor allem daran, dass der größte Teil der Wohnungen zwischenzeitlich modernisiert wurde, nur 15 Prozent des Bestandes befinden sich noch in unsaniertem Zustand. Allerdings öffnet sich auch hier die Schere zwischen dem Berliner Umland und den äußeren Regionen Brandenburgs immer weiter: Rund um Berlin sind im Schnitt 4,54 Euro je Quadratmeter (nettokalt) zu zahlen. Dies entspricht dem Niveau im Ostteil der Hauptstadt. Im restlichen Brandenburg liegt die Miete bei 4,10 Euro. Für Betriebskosten werden im Schnitt 1,95 Euro je Quadratmeter ausgegeben. Die regionalen Preisunterschiede sind allerdings erheblich: Bei Wasser/Abwasser liegt die Spanne zwischen dem günstigsten und dem teuersten Anbieter bei gut 100 Prozent, bei Fernwärme immerhin noch bei 75 Prozent.

Bilanz: BBU warnt vor „Siedlungswüsten“

Für das Land Brandenburg zieht der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) für 2006 eine verhalten positive Bilanz. Zwar sei die Zahl der leerstehenden Wohnungen gesunken, aber mit 14,2 Prozent liege sie aber weiterhin hoch. Insgesamt sind von den Wohnungsbauunternehmen bislang rund 29.000 Wohnungen abgerissen worden, weitere 19.000 sollen bis 2010 folgen.

Das sei aber nicht ausreichend, so Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des BBU: „Angesichts der demographischen Entwicklung in Brandenburg könnten hier sonst bis 2030 weitere 150.000 Wohnungen leer stehen.“

Trotz deutlich gestiegener Preise für Heizenergie, Wasser und Müllentsorgung, bewertete der BBU die Betriebskostenentwicklung bei den Mitgliedsunternehmen positiv. Nach Schätzungen des Verbandes sei bei den warmen und kalten Betriebskosten für das Jahr 2006 mit einer Steigerung um rund fünf Prozent auf durchschnittlich 1,95 Euro pro Quadratmeter zu rechnen. Die Preise für Fernwärme hingegen sind 2006 um 15 Prozent und die für Erdgas um 30 Prozent gestiegen. Ludwig Burkardt: „Es zeigt sich aber, dass eine Kom-

pensierung der ständigen Preiserhöhungen der Ver- und Entsorger durch Investitionen der Wohnungsunternehmen und sparsames Verbrauchsverhalten der Mieter zunehmend schwieriger wird.“

Die Mieten im Land Brandenburg, im engeren Verflechtungsraum mit Berlin, haben sich 2006 um 2,3 Prozent auf 4,54 Euro pro Quadratmeter erhöht und sind damit auf das Niveau der Mieten im Ostteil der Stadt gestiegen. Im äußeren Entwicklungsbereich des Landes legten sie nur ein knappes Prozent zu und liegen im Durchschnitt bei 4,10 Euro.

Zwei wesentliche wohnungswirtschaftliche Handlungsschwerpunkte und Problemfelder wurden für das Jahr 2007 benannt. Zum einen gehe es darum, dass eine Fortsetzung des Stadtumbaus Ost weit über das Jahr 2010 unverzichtbar sei. „Wenn nicht konsequent gehandelt wird, könnten im Land Brandenburg Siedlungswüsten entstehen“, sagte Burkardt. Zum anderen gehe es um eine Dämpfung des Anstiegs der Betriebskosten. Der Verband werde sich deshalb weiterhin für mehr Transparenz und Wettbewerb auf den Märkten für Energie, Trink- und Abwasser sowie Müllentsorgung einsetzen.

BRANDENBURG

Wohnungsmieten nähern sich Berliner Niveau an

Die Wohnungsmieten bei den brandenburgischen Mitgliedern des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) sind im vergangenen Jahr durchschnittlich um 1,4% auf 4,24 Euro/m² gestiegen. Im äußeren Entwicklungsraum, also den Randregionen des Landes, nahm die Miete um knapp 1% auf 4,10 Euro/m² zu, im engeren Verflechtungsraum um Berlin dagegen um 2,3% auf 4,54 Euro/m². Damit liegt sie dort über der Durchschnittsmiete der Berliner BBU-Mitgliedsunternehmen von 4,47 Euro/m². Die durchschnittlichen Betriebskosten lagen bei 1,95 Euro/m² und damit um 0,13 Euro/m² niedriger als im Jahr 1995. Die 223 brandenburgischen BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften 375.000 Wohneinheiten.